

Werbung:

schröckel

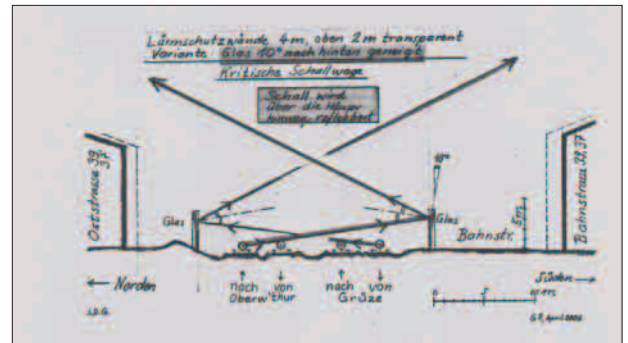
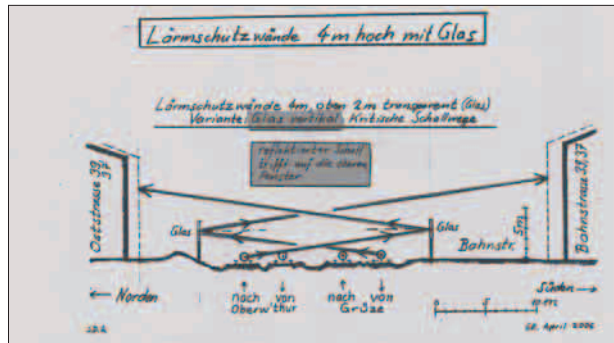


farbenfreude

 Malerarbeiten
 Renovationen
 Farbgestaltungen
 Isolationen

 Mühlebrückestr. 24
 8400 Winterthur
 Telefon 052 233 93 93
 www.schroeckel.ch

Mehr Kreativität beim Lärmschutz!



Zum Fokus «Höher als die Berliner Mauer» im «Stadtblatt» vom 6. April:)

Die Gemüter erhitzen sich wegen der projektierten Lärmschutzwände entlang der Bahnlinien. Natürlich sind vier Meter hohe Betonwände eine grässliche Vorstellung. Doch es muss ja nicht nur Beton sein! Auf keinen Fall sollten die Wände weggelassen oder verkleinert werden. Die obere Hälfte kann zum Beispiel mit Glas ausgeführt werden. Die SBB werden von sich aus keine solchen Wände vorschlagen, weil sie teuer sind und mehr Unterhalt brauchen (gelegentliche Reinigung). Ein weiterer Nachteil der Glasflächen

ist, dass sie den Schall reflektieren. Werden die Glasflächen einfach vertikal gebaut, so trifft der reflektierte Schall auf die obersten Fenster der gegenüberliegenden Häuser. Die Abbildungen zeigen einen Querschnitt in Bereich Oststrasse-Bahnhofstrasse (übernommen aus den Auflageunterlagen). Die erste Abbildung zeigt die kritischen Schallausbreitungswege bei den erwähnten senkrechten Glasflächen. Werden die Glasflächen nur um 10 Grad nach hinten geneigt, wie in der zweiten Abbildung dargestellt, so wird der Schall nach oben abgelenkt, über die Häuser hinweg. Der Lärmpegel in den oberen Stockwer-

ken wird also durch die Reflexionen an den Glasflächen nicht erhöht (im Vergleich zu absorbierenden Wänden, wie im Auflageprojekt). Die leicht schräg gestellten Wände haben zudem den Vorteil einer gewissen Selbstreinigung durch den Regen. Ich meine, mit Kreativität, Elan und gutem Willen lassen sich Lösungen finden, die den gesetzlich verlangten Schallschutz möglich machen und im Stadtbild verkraftbar sind. Doch die SBB müssen für Gestaltungen bereit sein, die (noch) nicht zu Standardlösungen gehören.

Georg Radecke, diplomierter Bauingenieur HTL, Winterthur.

VCS – Wer sonst kann sich wehren?

Zum Schwerpunkt «Rechte haben, nicht Recht haben» im «Stadtblatt» vom 31. März:)

Wer den VCS zum Bölimann stempelt, verkennt wohl die Tatsache, dass jedes «ach so harmlose» parkierte Auto vorher und nachher herumfährt und damit unter anderem zusätzliche Luftbelastung verursacht. Dass die Betreiberin Migros dazu beiträgt, den öffentlichen Verkehr direkt vors Haus zu bringen, müsste doch helfen, dass Einkäufe

rinnen und Konsumenten ihre motorisierte Kiste zu Hause lassen, oder? Also braucht's doch weniger Parkplätze als vorher, oder? Die Beschränkung der Anzahl Parkplätze ist eine sinnvolle Massnahme, und wenn schon nicht mal Behörden die Rechtssituation berücksichtigen, wer anders als ein Verband kann sich wehren? Zufällige Begebenheit: Vor zwei Wochen war das Winterthurer Strassennetz Richtung Grüze arg überlastet. Ursache: Eröffnung

des Obimarktes. Dämmert's? Hat die «Stadtblatt»-Redaktion eigentlich schon wieder vergessen, dass wir Sommer für Sommer über zu hohe Ozonwerte und Winter für Winter über Feinstaubbelastungen weit über dem Grenzwert zu klagen haben? Zumindest eine objektive Darstellung beider Sichtweisen hätte ich erwartet.

Anne-Louise Huber, Architektin und Baubiologin, Winterthur.

Wieso besass Bruno S. eine Waffe?

Der 72-jährige Bruno S. aus Zürich-Leimbach, der den neuen Lebenspartner seiner Frau erschossen hat, muss für 13 Jahre ins Zuchthaus. Leider wird nicht überlegt, warum es ihm überhaupt möglich war, so leicht eine Waffe zu beschaffen. Auch nach dem neuen Waffengesetz darf in Zukunft jeder eine Pistole kaufen, wenn er einen

Strafregisterauszug ohne Tolggen vorlegen kann. Das sieht die revidierte Waffenverordnung vor, die der Bundesrat jetzt in die Vernehmlassung geschickt hat. Junge Männer, müde von den Killer-Games am PC, können so legal eine Waffe kaufen. Warum nicht den Besitz von Feuerwaffen der Polizei, den Jägern und Sportschützen vorbehalten?

Den Erwerbsschein nur noch Personen ausstellen, die wirklich eine Waffe brauchen? – Die Polizei würde dies begrüßen, denke ich. In der Eingangshalle der Kantonspolizei an der Kasernenstrasse sind Gedenktafeln montiert, zur Erinnerung an Polizisten, die im Dienst umkamen.

Heinrich Frei, Zürich.

Wann sind wir Schweizer so weit?

Wir haben Herrn Blocher in der Bundesregierung, der Asylbewerber falsch verdächtigt und nicht in der Lage ist, seine bewiesenen Lügen zu korrigieren und sich zu entschuldigen. Ein Ärgernis also sondergleichen, und fast niemand empört sich über die Entgleisungen dieses Regierungsmitgliedes. Dann haben wir noch seinen Bruder, Gerhard Blocher, pensionierter Pfarrer, der findet, es sei normal, dass halt Christoph Blocher mal lügt und andere Politiker. In Italien beschimpft der Ministerpräsident Silvio Berlusconi alle Wähler und Wählerinnen, welche nicht seiner Rechtskoalition die Stimme geben wollen, sondern den Kommunisten und Sozialdemokraten, als Vollidioten und bestreitet dann, trotz erwiesener Videoaufnahme, diese Aussage damit, dass diese ironisch zu verstehen sei. Beide,



Blocher und Berlusconi, sind vermögensschwere Rechtsausserpolitiker. Beide haben es in ihrer bisherigen Amtszeit mit der Wahrheit nicht genau genommen, bei beiden wurden Gerichte bemüht, allerdings ohne grossen Erfolg. Der Unterschied ist: Christoph Blocher wird wohl – bis zu seinem Rücktritt – immer wieder zum Bundesrat gewählt werden, notabene sicher mit



Hilfe der Sozialdemokraten, während Silvio Berlusconi und seine Rechtskoalition an den Wahlen den notwendigen Denkkzettel erhielten. Wann sind wir in der Schweiz so weit, dass Politiker wie Blocher und seine Partei auf eidgenössischer Ebene die entsprechende Quittung für ihre verlogene Politik erhalten?

Peter Schöchlin, Winterthur.

Nobel geht die Schweiz zugrunde.



Intermezzo.

Eine Milliarde Franken will sich die Schweiz die Bilateralen II kosten lassen. Ursprünglich hat der Bundesrat sinnvollerweise geplant, diese Milliarde budgetneutral zu finanzieren. Sprich, diese Milliarde hätte anderswo eingespart werden sollen. Der Bundesratsbeschluss über die Kostenneutralität dieser Milliarde wurde aber von unserem Euro-Turbo-Parlament über Bord geworfen. Es scheint, auch sehr zur Freude von Frau Calmy-Rey und Herrn Deiss. Letzterer meinte in der «Sonntagszeitung»: «Es ist kein Eintrittspreis, es ist eine Geste, die wir machen ... Manchmal sind kleine Gesten wichtig, wie im Privatleben, wo ein unerwarteter Anruf oder ein Blumenstrauss viel zu guten Be-

ziehungen beitragen.» Nobel geht die Schweiz zugrunde. Budget- oder kostenneutral sind übrigens Begriffe, die man auch in Winterthur kennt. Oder besser gesagt Begriffe, die die SVP immer wieder einzubringen versucht. Die Stadt und die Linken wollen davon meist nichts wissen.

■ ■ ■

Die SVP hat im Parlament die Ansicht vertreten, die besagte Milliarde sei im Gesetz als Betrag aufzuführen und so als einmalige, nicht wiederholbare Leistung festzulegen. Wäre die Zahlung budgetneutral erfolgt, hätte die SVP nicht gegen die Vorlage votiert. Aber eine grosse Koalition aus SP, CVP und FDP hat dies abgelehnt. Damit bleibt der Betrag gegen oben offen, und der Bundesrat kann immer wieder solche Zahlungen leisten. Die EU hat bereits weitere Forderungen von mehreren hundert Millionen Franken in Bern deponiert – im Hinblick auf den bevorstehenden EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien. Dieser Umgang mit Steuergeldern ist schlicht verantwortungslos. Kommt hinzu, dass das Parlament sich sogar dagegen gesträubt hat, für diese – notabene freiwillige – Leistung eine

Gegenleistung zu verlangen. Nachdem wir der EU ja nichts schuldig sind, wäre dies eine hervorragende Gelegenheit, das Ende der Diskriminierung des Flughafens Kloten auszuhandeln sowie die Respektierung des Schweizer Bankkundengeheimnisses oder die Respektierung der in der Schweiz verfassungsrechtlich abgesicherten kantonalen Steuerhoheit zu fordern. Forderungen also, welche unserem Land, das nicht einmal EU-Mitglied ist, weiss Gott nicht schlecht angestanden hätten. Die Tatsache, dass unsere Gesetze und Freiheiten von den EU-Funktionären immer wieder in Frage gestellt werden, ist eine Zumutung. Viel schlimmer ist allerdings, dass sich in Bundesbern niemand ausser der SVP dagegen wehren will.

■ ■ ■

Geben und Nehmen. Das sind die Grundlagen eines Vertrages. So verstehe ich denn auch die bilateralen Verträge. Und nicht so, dass wir ohne Gegenleistung Milliarden nach Brüssel schicken. Das Volk soll hier das letzte Wort haben. Deshalb unterstütze ich das Referendum gegen die Milliardenzahlungen an die EU.

■ ■ ■

Natalie Rickli, SVP-Gemeinderätin.

RUCKSTUHL GARAGEN
Vielfalt aus Leidenschaft



Ernst Ruckstuhl Elite AG, Harzachstrasse 4, 8404 Winterthur, Telefon 052 233 12 22

www.ruckstuhlgaragen.ch